

Gut für unsere

Heimat



prodg.be



LISTE

12

Das sind unsere ProDG-Leitlinien für die künftige Europapolitik!

ProDG ist eine freie Bürgerliste. Bei uns kann jeder mitreden und mitentscheiden. Wir lassen uns nicht von starren Partei-Strukturen einengen, sondern sind unabhängig und arbeiten ideologieübergreifend.

Die Grundwerte, von denen wir uns dabei leiten lassen, sind **Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit**.

Wir sind frei und offen für die Lösungsvorschläge aller politischen Richtungen und aller Partner im In- und Ausland, denn wir wollen beste Lösungen und beste Lebensbedingungen in Ostbelgien. Darin unterscheiden wir uns von den traditionellen Parteien.

Und so sollte auch unser ostbelgischer Europaparlamentarier überparteilich arbeiten, jedem Gehör schenken und im Dialog mit allen Menschen unserer Gemeinschaft seine Entscheidungen treffen. Das ist unser Ziel!

Wir brauchen ein starkes und gerechtes Europa, in dem Ostbelgien als engagierter Partner und starke Grenzregion seine Brückenfunktion wahrnehmen kann, für eine fruchtbare grenzüberschreitende Zusammenarbeit und für ein gelebtes Europa. Die Europäische Union muss den Rahmen stecken, in dem die Mitgliedsstaaten den Herausforderungen unserer Zeit begegnen können und gleichzeitig muss Europa geeint in der Welt auftreten, um seine Interessen nachhaltig zu vertreten.

Europa braucht neue Impulse. Europa braucht Veränderung! Darum am 9. Juni 2024 ProDG wählen!

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

NICHTS MEHR VERPASSEN!

FOLGT UNS AUF





UNSER 7-PUNKTE-PROGRAMM FÜR EIN STARKES OSTBELGIEN IN EINEM GERECHTEN EUROPA

-

Europa hautnah – für ein Ostbelgien gelebter europäischer Zusammenarbeit

1. Das Vertrauen in die EU und in die europäischen Strukturen wiederherstellen und stärken
 - Stärkung des EU-Parlamentes
 - neue und zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten für EU-Bürger
 - Stärkung der Rolle des ADR und des EWSA sowie der Kontakte zu anderen politischen Ebenen
 - Verbesserung des Minderheitenschutzes und Schaffung einer Ausnahmeregelung für Sprachminderheiten in Bezug auf Geoblocking.
2. Die EU als starker Akteur im internationalen Kontext und im Kampf gegen demokratiefeindliche Strömungen und Rechtspopulismus
 - gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
 - verstärkte Kooperation und Solidarität in der Flüchtlingspolitik
 - konsequente Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung
 - mehr Transparenz und Effizienz in den europäischen Strukturen, Stärkung innenpolitischer Prozesse und des Demokratieverständnisses
 - Bekämpfung strategischer Korruption
3. Für eine zukunftsorientierte Finanzpolitik und eine krisenfeste EU
 - EU-Aufbau- und Resilienzfazilität
 - Revision der ESG-Normen
4. Die EU als attraktiver Wirtschaftsraum der Zukunft und Vorreiter in der Klimapolitik
 - eine ambitionierte und nachhaltige Energie- und Klimapolitik
 - eine EU als starker Wirtschaftsakteur im internationalen Vergleich
 - die EU als Partner im Kampf gegen den Arbeitskräftemangel – Förderung qualifizierter Zuwanderung
 - flächendeckende Digitalisierung – Zugang sichern, Chancen nutzen, Regeln definieren
 - den Schutz und die Stärkung des Binnenmarktes

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

Gut für unsere

Heimat



prodg.be

LISTE

12

- eine EU als Vorreiter im Verbraucherschutz
 - eine gerechte Agrarpolitik, die kleine Betriebe unterstützt
5. Die EU als attraktiver Lebensraum und Wohlstandsgarant
 - die Stärkung der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger und der sozialen Rechte, mit Perspektiven für jeden
 - für eine würdevolle Versorgung, von der Geburt über das hohe Alter bis zum Tod
 6. Für einen Vertreter im Europäischen Parlament, der für die Deutschsprachige Gemeinschaft mit einer Stimme spricht
 7. Ostbelgien als starker und begeisterter Partner für ein gelebtes Europa

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

NICHTS MEHR VERPASSEN!

FOLGT UNS AUF



1 Das Vertrauen in die EU und in die europäischen Strukturen wiederherstellen und stärken.

ProDG ist der festen Überzeugung, dass Europa mehr ist als seine Institutionen und eine gemeinsame Währung. ProDG ist pro-europäisch. Die Deutschsprachige Gemeinschaft liegt im Herzen Europas. Für uns ist die EU ein Garant für Frieden und Freiheit, der uns Sicherheit, wirtschaftlichen Wohlstand, Mobilität und Raum zur Selbstverwirklichung gebracht hat.

Europa ist für uns also weit mehr als Geld und ein gemeinsamer Binnenmarkt. Die Europäische Gemeinschaft ist eine Vision, eine Vision eines friedlichen und zukunftsorientierten Europas.

Die Zeiten, in denen wir leben, sind herausfordernd. Das politische Geschehen ist geprägt von Krisenmanagement und wieder aufkeimenden Konflikten. Die Corona-Pandemie, Putins Angriffskrieg auf die Ukraine und die anhaltende Energie- und Inflationskrise sind nie dagewesene Herausforderungen. Entscheidend ist auch, dass nach Jahren des Friedens und der Zusammenarbeit jetzt wieder Krieg auf europäischem Boden herrscht. Während dieser Konflikt andauert, verbessert sich die Lage allmählich in Bezug auf die Energiepreise und die steigende Inflation. Trotzdem müssen Weichen gestellt werden, um Abhängigkeitsverhältnisse gegenüber anderen Staaten wie Russland oder Saudi-Arabien aufzulösen.

Nach wie vor sind die Auswirkungen der Krise spürbar: Millionen Menschen in Europa sind verunsichert. Sie fühlen sich in ihrer Existenz bedroht und bangen um ihre Zukunftsperspektiven. Die Europäische Union weist Konstruktionsfehler auf, die sie krisenanfällig machen. In Europa verläuft eine Bruchlinie zwischen wirtschaftlich stärkeren Regionen und wirtschaftlich schwächeren Gebieten.

In Zeiten von sich verstärkenden Konflikten, wie dem Krieg im Gaza-Streifen oder dem Bürgerkrieg im Sudan, daraus resultierenden Flüchtlingsströmen, einer Gesundheitskrise, die uns finanziell und emotional an unsere Grenzen gebracht hat, einer drohenden Wiederwahl von Donald Trump in den USA, erstarkenden rechten Bewegungen und der Zunahme von Populismus und Desinformation, sind die Menschen verunsichert. Krisensymptom ist der wachsende Populismus in Europa, der in der Schwäche des Europäischen Parlaments - der einzigen direkt gewählten europäischen Institution - einen fruchtbaren Nährboden findet. So ist es laut Prognosen zu erwarten, dass die Rechtspopulisten bei den

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

NICHTS MEHR VERPASSEN!

FOLGT UNS AUF





kommenden Europawahlen bis zu einem Drittel der Sitze im Europäischen Parlament erlangen werden.

Wir betrachten diese Entwicklungen mit wachsender Sorge. Es besteht akuter Handlungsbedarf, denn trotz aller Kritik ist das Vertrauen der Menschen in die EU laut Eurobarometer-Umfragen von September 2023 leicht gestiegen. Das lässt auch schlussfolgern, dass die EU in den Augen vieler die richtige Antwort auf die großen Herausforderungen unserer Zeit ist.

Um jedoch Strukturveränderungen in Gang zu setzen, werden in Europa neue Kräfte mit neuen Impulsen gebraucht. ProDG will verändern! Wir stehen für ein handlungsfähigeres, sozialeres Europa, das auf Bürgernähe, Demokratie, Solidarität und Transparenz setzt. Ein Europa, das nach Lösungen sucht für die alltäglichen Sorgen und Probleme seiner Bürgerinnen und Bürger! Wir fordern ein Umdenken, hin zu einer Europäischen Union, die nach dem bottom-up-Prinzip - von unten nach oben - funktioniert und von den Europäern getragen wird.

Dafür braucht es Veränderung, mehr Beteiligungsmöglichkeiten für Bürger, die Einbeziehung anderer politischer Ebenen bis hin zu kommunalen Strukturen, die Aufwertung des Europäischen Parlamentes hin zu mehr Entscheidungsbefugnis für eine demokratische Legitimierung und die Stärkung des Minderheitenschutzes.

a) Stärkung des EU-Parlamentes

Das EU-Parlament ist das einzige direkt gewählte Organ der EU und vertritt somit die Bürgerinnen und Bürger. Aus diesem Grund fordern wir ein allgemeines direktes Initiativrecht. Wir fordern außerdem ein verstärktes Kontrollrecht gegenüber der Exekutive, indem das Parlament Kontrollbefugnis über den Europäischen Rat erhält und die Rechenschaftspflicht der Kommission gegenüber dem Parlament verbessert wird. Dazu gehört auch eine notwendige Reform zur Schaffung eines echten legislativen Zweikammersystems zwischen Parlament und Rat, das aktuell nicht institutionalisiert und auch in der Praxis nicht so umgesetzt wird. Das Parlament ist das Rückgrat der europäischen Demokratie und muss in der Lage sein, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger, sowie der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft angemessen zu vertreten.

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

b) Neue und zusätzliche Beteiligungsmöglichkeiten für EU-Bürger

Im Rahmen der von Parlament, Kommission und Rat organisierten „Konferenz zur Zukunft Europas“ wurden erstmalig Bürgerforen organisiert, bei denen 800 ausgeloste Personen teilnehmen konnten, um über verschiedene Themen zu diskutieren. Diese Methode wurde als äußerst positiv gewertet. Sowohl die Teilnehmer der Konferenz als auch das EU-Parlament kommen zu dem Schluss, dass solche Prozesse ausgeweitet werden müssen, um die Legitimität der EU zu erhöhen. Sie sind ein wichtiges Instrument, um demokratische Strukturen zu stärken und Diskussionen auf parlamentarischer Ebene zu ergänzen. Dementsprechend müssen Folgemaßnahmen resolut angepackt werden und Beteiligungsmöglichkeiten institutionalisiert werden.

Im Jahr 2024 besteht in der EU die Möglichkeit, bereits ab 16 Jahren zur Wahl zu gehen. In Belgien bedeutet das gleichzeitig eine Wahlpflicht ab 16. Auch wenn wir uns gewünscht hätten, dass die Wahlpflicht zwischen dem 16. und 18. Lebensjahr nicht greifen würde, gilt es, den Jugendlichen die Möglichkeiten zu bieten, sich mit europäischer Politik auseinanderzusetzen. Auch hier müssen zusätzliche Wege gefunden werden, junge Menschen in die Prozesse einzubeziehen, in Form von Jugendparlamenten, Informationen zu europäischer Politik auf lokaler Ebene, Einbeziehung von Jugendorganisationen und Vertretungen, uvm.

c) Stärkung der Rolle des ADR und des EWSA sowie der Kontakte zu anderen politischen Ebenen

Sowohl der Ausschuss der Regionen als auch der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss müssen in den Organen der Europäischen Union stärker berücksichtigt werden. Der EWSA berät mit seinen Mitgliedern aus Arbeitgebern, Gewerkschaften und Vertretern von Sozial-, Berufs-, Wirtschafts- und Kulturverbänden das Parlament, die Kommission und den Rat. Er besteht aus 329 Mitgliedern, die über ein Mandat von fünf Jahren verfügen. Der Europäische Ausschuss der Regionen (ADR) ist die Stimme der Regionen und Städte. Er vertritt die lokalen und regionalen Gebietskörperschaften in der gesamten Europäischen Union und gibt Stellungnahmen zu neuen Rechtsvorschriften ab, die Auswirkungen auf Städte und Regionen haben. Das betrifft rund 70% aller EU-Vorschriften. Beide Organe vertreten wichtige Partner aus Zivilgesellschaft und kommunaler Ebene, die noch stärker in europäische Entscheidungsprozesse einbezogen werden

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

NICHTS MEHR VERPASSEN!

FOLGT UNS AUF



müssen. Nur so kann es gelingen, dass diese Entscheidungen von der Basis getragen werden und umgesetzt werden können.

Die europäischen Regionen sind der Motor der EU. Die meisten Bürger fühlen sich mit ihrer Region sehr eng verbunden. Wir setzen uns daher ein für ein Europa der Regionen, in dem eine Kultur des Austauschs gepflegt wird: Wer stark ist vor Ort, ist stark in Europa. Nach unserer festen Überzeugung kommt die Aufwertung der Regionen Europas der gesamten EU zugute und bringt den Menschen Europa wieder ein Stück näher. Aus den Regionen, wo Europa und grenzüberschreitende Zusammenarbeit gelebte Realität ist, können neue, positive Impulse für den europäischen Einigungsprozess kommen. Konkret bedeutet das, dass der politische Einfluss der Regionen und damit das Prinzip der Subsidiarität in europäischen Entscheidungsprozessen nachhaltig gestärkt werden muss und dem Ausschuss der Regionen (ADR) ein größeres Gestaltungsrecht zugestanden werden sollte. Bei einer erneuten Revision der EU-Verträge muss die Stärkung der Regionen gezielt Berücksichtigung finden.

d) Stärkung des Minderheitenschutzes und Ausnahmeregelung für Sprachminderheiten in Bezug auf Geoblocking

In der Europäischen Union leben etwa 50 Millionen Menschen, die einer nationalen Minderheit oder einer Sprachminderheit angehören. Um die Rechte von Minderheiten zu stärken, hat die FUEN (Federal Union of European Nationalities) die *Minority SafePack* Initiative ins Leben gerufen. Sie ist eine Bürgerinitiative, die den Schutz dieser Minderheiten durch EU-Rechtsakte und -vorschriften festigen will und die Förderung von Minderheitenrechten, Sprachrechten sowie den Schutz der Kultur nationaler Minderheiten ermöglichen soll. Die Initiative hat europaweit große Beachtung und Zuspruch gefunden. Dennoch hat die Europäische Kommission beschlossen, alle neun registrierten Vorschläge der Initiative abzulehnen und verweist dabei auf bestehende Programme. Die Kommission hält keine weiteren Rechtsakte oder gesetzgeberischen Maßnahmen für erforderlich, um die sprachliche und kulturelle Vielfalt in Europa zu schützen und zu fördern. Das erachten wir als einen groben Fehler. Minderheitenschutz ist kein Luxus, sondern überlebenswichtig für den Erhalt der kulturellen Vielfalt, der unterschiedlichsten Sprachen und eigener Identitäten. Da Minderheiten oft an den nationalen Grenzen zu finden sind, können sie die Brücke ins Nachbarland bilden und zur sprachlichen und kulturellen Verständigung beitragen. Sie sind Experten auf dem Gebiet der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und müssen als Partner gewonnen werden, um die europäische Integration

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

voranzutreiben. Die Europäische Union muss sich daher in Zukunft dafür einsetzen, verstärkt den kulturellen und sprachlichen Austausch in all seinen Formen zu fördern. Auf dieser Ebene kann gerade die DG eine wichtige Brückenfunktion übernehmen und bereits heute eine Vorreiterrolle spielen.

Diese Maßnahmen führen zu einer Steigerung der Legitimität der europäischen Institutionen. Durch einen gesteigerten Rückhalt in der Bevölkerung kann die EU nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch als starker Akteur wahrgenommen werden und ihr Gewicht im internationalen geopolitischen Kontext geltend machen.

Abhängigkeiten in jeglicher Form werden nicht gänzlich vermieden werden können, aber bis zu einem gewissen Grad muss die EU unabhängiger werden. Das betrifft die Energieversorgung, den Ausbau erneuerbarer Energien, die Herstellung und Produktion wirtschaftlich relevanter und zukunftsweisender Produkte, die rasante Entwicklung im Bereich der künstlichen Intelligenz oder auch die Digitalisierung. Die EU als starker Player sorgt für geopolitische Relevanz und im Umkehrschluss für Stabilität, Frieden und Freiheit.

Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass eine Ausnahmeregelung eingeführt wird in Bezug auf das Geoblocking für territorial abgrenzbare Sprachminderheiten. Aktuell sind audiovisuelle Medieninhalte nur dann in einem anderen Land verfügbar, wenn man im Ursprungsland über ein bezahlbares Abonnement verfügt und sich nicht länger als drei Monate im Ausland befindet. Das besagt die Portabilitätsrichtlinie. Geoblocking ist also grundsätzlich weiterhin erlaubt und es existieren keine europäischen Lizenzen. Diese werden weiterhin national vergeben. Es existieren zwei mögliche Lösungsvorschläge: die Einführung europäischer Lizenzen oder Ausnahmeregelungen. Wir werden uns weiterhin für das Modell der europäischen Lizenzen einsetzen, allerdings besteht dafür aktuell wohl keine Bereitschaft. Dementsprechend verfolgen wir weiterhin die Lösung der Ausnahmeregelung für territorial abgrenzbare Sprachminderheiten. Die sogenannte „Ostbelgienklausel“ wurde vom Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments in den Forderungskatalog aufgenommen, den das EU-Parlament in Bezug auf notwendige Änderungen der bestehenden Verordnung an die EU-Kommission richtet. Da es sich allerdings noch nicht um ein Gesetz handelt, muss weiter daran gearbeitet werden, um die Kommission zum Handeln zu bewegen. Erst wenn es ein Gesetz dazu gibt, werden Streaming-Anbieter wie Amazon Prime, Disney oder Netflix, aber auch das ZDF und die ARD-Mediathek in Ostbelgien ohne Einschränkungen nutzbar sein. Bis dahin werden sich die Sender nicht mit

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

NICHTS MEHR VERPASSEN!

FOLGT UNS AUF



dem komplexen Thema vieler verschiedener Lizenzgeber und Firmen auseinandersetzen.

Um dieses Ziel gemeinsam zu verfolgen, wurde die Taskforce Geoblocking eingerichtet. Diese Taskforce unterstützen wir und möchten uns weiterhin aktiv für eine nachhaltige Lösung für Grenzregionen einsetzen!

2 Die EU als starker Akteur im internationalen Kontext und im Kampf gegen demokratiefeindliche Strömungen und Rechtspopulisten

Die EU muss eine neue Vision von Europa entwickeln, um weiterhin als Schlüsselfigur auf dem internationalen Parkett mitspielen zu können. Denn spätestens seit der rasanten Entwicklung sozialer Medien und der Fortschritte im Bereich der künstlichen Intelligenz sind die Grenzen dieser Welt fließend.

Nach wie vor hat das europäische Demokratie- und Friedensmodell der Einheit in der kulturellen Vielfalt Vorbildcharakter. Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, soziale Gerechtigkeit und der soziale Zusammenhalt in Europa sind die Bereiche der Zukunft. Ohne grundlegende Fortschritte in diesen Politikfeldern kann die EU sich mittelfristig nicht weiterentwickeln. In Zeiten des Klimawandels, großer sicherheitspolitischer Herausforderungen und einer globalisierten Wirtschaft mit ökonomischen Schwergewichten wie China, Indien und den USA ist ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Mitgliedsstaaten unerlässlich.

Krieg in der Ukraine, Energiekrise, Klimawandel, Inflation, Brexit: Neben der Bewältigung der Coronakrise stehen die Volkswirtschaften der Europäischen Union derzeit vor weiteren großen Aufgaben und Problemen. Zudem droht die EU gegenüber den USA und China bei der digitalen Transformation ins Hintertreffen zu geraten.

a) Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Putins Angriffskrieg auf die Ukraine hat gezeigt, dass es der EU weiterhin sicherheitspolitisch, verteidigungspolitisch und außenpolitisch an Handlungsfähigkeit fehlt. Zudem stehen die USA vor einer entscheidenden Wahl im Oktober 2024. So oder so werden die

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

NICHTS MEHR VERPASSEN!

FOLGT UNS AUF



Mitgliedsstaaten der NATO gezwungen sein, dem gemeinsam festgelegten Ziel von Abgaben an die NATO in Höhe von mindestens 2% des BIP Folge zu leisten. Gleichzeitig muss die Frage erlaubt sein, ob die europäischen Staaten im Falle reduzierter Unterstützung seitens der Vereinigten Staaten in der Lage wären, sich zu verteidigen. Experten sind sich einig, dass es an der Stelle aktuell mangelt. Wir plädieren für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den europäischen Ländern, beispielsweise in Bezug auf länderübergreifende Einsatzkommandos, da die EU aktuell noch weit davon entfernt ist, eine gemeinsame Armee auf die Beine zu stellen.

Wir sprechen uns allerdings weiterhin gegen die Idee aus, als Europäische Union die Atomwaffe zu besitzen und nuklear aufzurüsten.

Die Verschärfung internationaler Konflikte hat zudem Ströme von Flüchtenden ausgelöst, ob es der Krieg in Syrien, der Konflikt und die Hungersnot im Jemen, die Krise im Sudan oder der Krieg im Gazastreifen ist. Laut der UNO-Flüchtlingshilfe waren Anfang 2023 114 Millionen Menschen auf der Flucht. Der Großteil von ihnen kommt in den Nachbarländern unter; so beherbergt der Libanon beispielsweise allein 1,5 Millionen Flüchtende aus Syrien.

Ausgehend von der aktuellen EU-Flüchtlingspolitik und der Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten zum Schutz der Außengrenzen durch die Europäische Agentur FRONTEX, ist bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme nicht nur eine größere Solidarität zwischen den EU-Ländern gefragt, sondern auch eine konsequente Einhaltung humanitärer Standards und die Ablehnung menschenverachtender Praktiken.

Die eingeschränkte Handlungsfähigkeit und schwerfällige Lösungsfindung der EU liegen zum Teil in einer viel zu rasch vorangetriebenen europäischen Erweiterung begründet, die nicht mit einer grundlegenden Reform der inneren Strukturen einhergegangen ist. Die EU hat heute mehr denn je große Schwierigkeiten damit, sich selbst als Gemeinschaft zu definieren. Zu unterschiedlich sind die Interessen der verschiedenen Mitgliedsländer, zu groß ist der Einfluss von Interessenverbänden und Lobbyisten. Aufgrund wachsender internationaler Herausforderungen befürworten wir eine Flexibilisierung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik durch die Abschaffung des Einstimmigkeitsprinzips. Unser Ziel ist eine tatsächliche Politische Union. Die EU muss es schaffen, nach außen hin mit einer Stimme zu sprechen und eine gemeinsame Position zu vertreten. Ansonsten spielt sie bald keine Rolle mehr.

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be



Für ProDG sind die Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und der friedlichen Lösungsfindung in der europäischen Nachbarschaft ausschlaggebend.

b) Verstärkte Kooperation und Solidarität in der Flüchtlingspolitik

Fluchtursachen sind vielfältig: Menschen verlassen ihre Heimat im Fall von gewaltsamen und kriegerischen Konflikten, aufgrund der Diskriminierung von Minderheiten oder aus wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit. Wir machen uns dafür stark, Fluchtursachen durch eine effiziente Entwicklungszusammenarbeit, die Hilfe zur Selbsthilfe und eine zielgerichtete Afrika-Politik zu bekämpfen. Wir befürworten außerdem die Einrichtung des Amtes eines EU-Afrika-Kommissars.

Externalisierungsabkommen, wie es die britische Regierung mit Ruanda abgeschlossen hat, lehnen wir ab. Es handelt sich in unseren Augen nicht um eine nachhaltige Lösung, wenn einige hundert Asylsuchende über den halben Kontinent geflogen werden, um gegen die Zahlung hoher Geldbeträge in Ländern untergebracht werden, die selbst mit innenpolitischen Problemen kämpfen und eine Grundversorgung der Personen nicht nachweislich gewähren können.

Außerdem streben wir auch weiterhin eine europäische Lösung in der Flüchtlingsaufnahmepolitik an. Das bedeutet einerseits den Schutz der Außengrenzen und andererseits die Übernahme von Verantwortung jedes einzelnen Landes. Eine gerechte Verteilung wurde schon einmal beschlossen, allerdings seitens der Kommission nicht umgesetzt.

c) Konsequente Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung

Spätestens die angespannte sicherheitspolitische Lage und die neuen weltpolitischen Unsicherheiten haben deutlich gemacht, wie wichtig eine verstärkte Zusammenarbeit und ein ständiger Informationsaustausch zwischen den EU-Mitgliedsstaaten sowie ein erhöhter Schutz der Außengrenzen sind. Wir fordern gemeinsame Ausbildungsprogramme, ein gemeinsames Beschaffungswesen zwecks Vereinheitlichung (beispielsweise der zurzeit 178 verschiedenen Waffensysteme sowie 29 verschiedenen Zerstörer und Fregatten innerhalb der EU, wodurch eine militärische Zusammenarbeit der Mitgliedsstaaten zusätzlich erschwert wird) mit dem Ziel, eine Verteidigungsunion mit eigener Armee zu errichten. Dabei lassen wir uns von dem Prinzip leiten, dass jegliche Rüstungsprojekte, die über den EU-Haushalt finanziert werden, das Grundverständnis der Europäischen Union als Friedensprojekt nicht in Frage stellen dürfen und somit einer strengen Kontrolle unterliegen, so

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

dass sowohl die Produktion von Massenvernichtungswaffen als auch Exporte an autoritäre Regime strikt unterbunden werden.

- d) Für mehr Effizienz in den europäischen Strukturen, Stärkung innenpolitischer Prozesse und des Demokratieverständnisses

Für viele Bürgerinnen und Bürger ist die Europäische Union undurchschaubar. In den Augen vieler hat sie sich zu einem unübersichtlichen Ungetüm entwickelt, dessen 27 Mitgliedsstaaten längst nicht mehr dasselbe Ziel vor Augen haben. Die Distanz zwischen den Bürgerinnen und Bürgern und den politischen Eliten der EU ist offenkundig: Viele große Entscheidungen kommen oft gar nicht erst bei den Menschen an; viele haben das Verständnis für ein Europa verloren, das einen undurchsichtigen Wust an Regelungen bzw. Bürokratie hervorgebracht hat. Die Menschen haben das Gefühl, dass europäische Entscheidungen ihren Alltag wenig konkret betreffen und verbessern. Dem Informationsdefizit müssen die EU und das EU-Parlament durch erhöhte Transparenz nach innen und außen entgegenwirken. Prozeduren müssen vereinfacht werden. Gegen Bürokratiehürden muss gezielt vorgegangen werden. ProDG steht daher für die Stärkung des Prinzips der gelebten Subsidiarität im Sinne einer Stärkung der Bürgernähe.

Wir sind außerdem für eine strikte Kontrolle aller europäischen Gelder. Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass die europäischen Institutionen effizient und kostensparend arbeiten und alle EU-Mittel ordnungsgemäß verwendet und in wirtschaftlicher Weise verwaltet werden. So muss beispielsweise teure Doppelarbeit vermieden werden. Auch der wirksamen und systematischen Bekämpfung von Betrug, Korruption und allen anderen rechtswidrigen Handlungen, durch welche die Interessen der EU und unserer Volkswirtschaften geschädigt werden und für die letztendlich die Steuerzahler aufkommen müssen, messen wir einen hohen Stellenwert bei.

Außerdem treten wir für eine resolute Bekämpfung von Geldwäsche ein. Zwar wurde die europäische Richtlinie zur Geldwäsche schon mehrfach verschärft, doch nach wie vor scheitert es an der nationalen Umsetzung durch die Mitgliedsstaaten, so dass die EU weiterhin Geldwäschern gute Aussichten auf Erfolg bietet.

Kosteneffizienz bedeutet für uns auch, dass die Arbeit des Europäischen Parlaments auf Brüssel konzentriert werden soll. Die Abgeordneten-Pendelei zum zweiten Parlamentssitz in Straßburg lehnen wir aus

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

Kostengründen - laut Studien des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rechnungshofs zwischen 114 und 200 Millionen Euro jährlich¹ - sowie mit Blick auf die CO2-Bilanz und den ökologischen Fußabdruck ab.

Außerdem sind wir für verpflichtende Anwesenheiten für Europaparlamentarier.

Die EU tut gut daran, selbstkritisch mit den eigenen Abläufen und der Organisationsstruktur umzugehen und im Sinne der Effizienz Reformen anzustreben. Bürokratieabbau, Transparenz, Bekämpfung von Korruption und effizientere Strukturen müssen ein Paket bilden, um das Vertrauen in die Institution zu stärken.

Demokratie ist nicht selbstverständlich und muss gelebt werden. Auch hier spielt die Nähe europäischer Entscheidungen zum gelebten Alltag und die Anwendung dieser Entscheidungen in der Praxis eine wichtige Rolle. Beteiligungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger können Selbstwirksamkeit vermitteln und dafür sensibilisieren, wie wichtig eine aktive Beteiligung ist.

e) Strategische Korruption bekämpfen

Strategische Korruption bezeichnet in dem Fall den Einsatz korrumpierender Mittel durch einen Staat, um direkt oder indirekt die politische Willensbildung in einem anderen Staat zum eigenen Vorteil zu beeinflussen.

In den letzten Jahren haben autoritäre Regime strategische Korruption in großem Umfang als Werkzeug gegen westliche Demokratien eingesetzt. Ziel ist es, Entscheidungstragende für ihre geopolitischen Ziele zu vereinnahmen, demokratische Institutionen und ganze Gesellschaften zu destabilisieren und deren nationale Sicherheit zu untergraben. Diese Form der Korruption ist auf strategische, langfristige Einflussnahme ausgelegt und auch ein wesentlicher Bestandteil des nichtmilitärischen Arsenal moderner Kriege („hybride Kriegsführung“). Neben den USA sind die europäischen Institutionen Hauptziele dieser Form der Korruption, da sie das wirtschaftliche Kraftzentrum Europas sind und einen erheblichen Einfluss innerhalb der Europäischen Union ausüben. Die Beispiele

¹ <http://www.europarl.europa.eu/news/de/faq/19/warum-zieht-das-parlament-zwischen-brussel-und-strassburg-hin-und-her>

Russland, Aserbaidschan sowie Katar/Marokko verdeutlichen verschiedene Arten von strategischer Korruption.

Beispiele hierfür sind Cyberattacken auf kritische Infrastruktur, die Behinderung demokratischer Entscheidungsprozesse durch massive Desinformationskampagnen oder die Nutzung sozialer Medien zur Beeinflussung des politischen Narrativs bzw. zur Radikalisierung, Rekrutierung und Steuerung von Stellvertretern.

Sowohl auf Ebene der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten als auch auf EU-Ebene richten sich die Anstrengungen derzeit darauf, besonders sensible und anfällige Bereiche zu identifizieren, eine bessere Koordinierung sicherzustellen, Resilienz aufzubauen und Kapazitäten zu stärken, u.a. in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern wie den Vereinten Nationen und der NATO. Kernpunkte sind die Verbesserung des Informationsaustauschs, verstärkter Schutz kritischer Infrastrukturen und der Ausbau der Cybersicherheit sowie der Aufbau von Widerstandsfähigkeit gegen hybride Bedrohungen.

Wir fordern eine Stärkung der europäischen und internationalen Zusammenarbeit, insbesondere durch zusätzliche Ermittler für grenzüberschreitende Sachverhalte und internationale Strukturen für das Aufdecken von illegalen Finanzflüssen.

3 Für eine zukunftsorientierte Finanzpolitik und eine krisenfeste EU

Die Zeit ist reif für eine zukunftsorientierte gemeinsame Vision von Europa mit einer einheitlichen, koordinierten Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik, die nach dem Prinzip der Eigenverantwortlichkeit (Subsidiarität) regionale und nationale Besonderheiten berücksichtigt. Eine Rückkehr zu universellen Werten wie Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit, die ProDG zu seinen Grundwerten der Europapolitik erklärt hat, muss gezielt und gemeinsam in Angriff genommen werden. Ein vereinigtes Europa braucht die richtige Balance zwischen länderübergreifender Solidarität und Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten.

ProDG fordert sowohl eine vollkommene Transparenz der Arbeit und Entscheidungsfindung der europäischen Gremien wie z.B. des Gouverneursrats des ESM (European Stability Mechanism) als auch eine Einbeziehung des EU-Parlaments in deren Entscheidungen. So lange

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

NICHTS MEHR VERPASSEN!

FOLGT UNS AUF



nationale Regierungen den EU-Ländern rigide Finanz- und Spardiktate verordnen, solange die gewählten Europaabgeordneten, die direkten Vertreter der Menschen, bewusst bei diesen Entscheidungen umgangen werden, so lange fehlt es an Demokratie in Europa!

a) EU-Aufbau- und Resilienzfazilität

Es muss gelingen, die Staatsverschuldung der EU-Mitgliedsstaaten nachhaltig einzuschränken. Gleichzeitig muss aber auch dafür gesorgt werden, dass Staaten auch weiterhin in zukunftsweisende Projekte investieren dürfen. Solche Zukunftsinvestitionen müssen deshalb von den Verschuldungs- und Defizitobergrenzen ausgenommen werden. Wir brauchen allerdings finanzpolitische Prioritäten. Steuergelder müssen angesichts der immer älter werdenden Bevölkerung in zukunftsweisende Politikfelder wie Bildung, Gesundheit und Soziales investiert werden. Ansonsten droht der EU ein sozialer Kahlschlag.

Im Zuge der Covid-Pandemie hat sich die finanzielle Situation der EU-Mitgliedsstaaten noch einmal verschlechtert. Im Rahmen dieser Krise wurden milliarden schwere Hilfspakete geschnürt, um Sektoren und insbesondere den Gesundheitssektor zu stützen, Impfstoffe und Schutzmaterial anzukaufen.

In dem Kontext wurde NextGenerationEU als befristetes Aufbauinstrument im mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union für die Jahre 2021-2027 eingeführt. Dieses soll dabei helfen, die unmittelbar coronabedingten Schäden für Wirtschaft und Gesellschaft abzufedern. Darüber hinaus sollen Wirtschaft und Gesellschaft in Europa nach Corona umweltfreundlicher, digitaler und krisenfester werden sowie besser auf die Herausforderungen und Chancen des ökologischen wie digitalen Wandels vorbereitet werden, damit man aktuellen und künftigen Herausforderungen besser standhalten kann. Die Aufbau- und Resilienzfazilität ist das Herzstück von NextGenerationEU mit Darlehen und Zuschüssen im Umfang von 723,8 Mrd. EUR. Sie dient der Finanzierung von Reformen und Investitionen in den Mitgliedsstaaten von Februar 2020 (Beginn der Pandemie) bis zum 31. Dezember 2026. Sie trat am 19. Februar 2021 in Kraft. Im Rahmen des innerbelgischen Verteilerschlüssels stehen der Deutschsprachigen Gemeinschaft 37 Millionen Euro zur Verfügung, die auf folgende Projekte aufgeteilt werden: Energieprämien, Renovierung von Sozialwohnungen, Digitalisierung im Unterrichtswesen und Aufbau eines Glasfasernetzes.

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

ProDG unterstützt den Aufbau solcher Instrumente, um strukturelle Investitionen in zukunftsweisende Bereiche zu ermöglichen. Nichtsdestotrotz muss die Wirksamkeit solcher Programme objektiv bewertbar sein. Zudem ist NextGenerationEU zeitlich begrenzt. Um die strukturellen Defizite in diversen Mitgliedsstaaten zu beseitigen und zu einem wirtschaftlichen Gleichgewicht in der Eurozone beizutragen, brauchen wir dringend ein gezieltes Konjunktur-, Aufbau- und Investitionsprogramm für Europa.

b) Revision der ESGV-Normen

Die EU-Finanzminister haben sich auf eine gemeinsame Position zur Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts verständigt. Die Einigung basiert auf dem Reformvorschlag der EU-Kommission. Dieser Vorschlag sieht vor, die festen Regeln zum Schuldenabbau abzuschaffen. Stattdessen sollte ein Schuldenabbaupfad zwischen den Mitgliedsstaaten und der EU-Kommission individuell ausgehandelt werden. Gerade hoch verschuldeten Mitgliedsstaaten sollten so mehr Zeit zum Schuldenabbau bekommen. Deutschland sah bei diesem Vorgehen die Gefahr, dass die Mitgliedsstaaten ihre Schulden und Defizite nicht reduzieren, und hat daher ein Mindestmaß an Schulden- und Defizitabbau gefordert. Die nun gefundene Einigung sieht u.a. vor, dass die Mitgliedsstaaten und die EU-Kommission alle vier Jahre (in bestimmten Fällen alle sieben Jahre) einen Schuldenabbaupfad verhandeln. Der Schuldenabbaupfad soll dabei sicherstellen, dass Mitgliedsstaaten mit einem Schuldenstand von über 90 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ihren Schuldenstand jährlich um mindestens einen Prozentpunkt verringern müssen.

Die Reform sorgt für eine schrittweise Reduzierung der Schuldenquote der Mitgliedsstaaten und schützt gleichzeitig Investitionen in von der EU festgelegten prioritären Bereichen. So wird der Aufbauplan NextGenerationEU geschützt, allerdings bleiben Investitionen in andere Bereiche schwer zu realisieren, insbesondere für kleine Regionen in der EU. Wir begrüßen eine gewisse Kontrolle der Ausgabenpolitik der EU-Staaten, allerdings müssen Investitionen weiterhin möglich sein!

Demnach fordern wir eine Revision der aktuellen ESGV-Normen (SEC2010-Normen), damit Investitionen in wichtige Dienstleistungen getätigt werden können. Die Haushalte der neun deutschsprachigen Gemeinden und der Haushalt der Deutschsprachigen Gemeinschaft werden auf der Grundlage dieser Normen gemeinsam, d.h. konsolidiert, bewertet. Die europäischen Auflagen bewirken, dass Investitionen

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

buchhalterisch nicht mehr (wie in der Privatwirtschaft) über mehrere Jahre abgeschrieben werden dürfen, sondern in einem einzigen Jahr verbucht werden müssen. Verschärft wird die Situation durch die Vorgabe an die Mitgliedsstaaten, in jedem Jahr einen ausgeglichenen Haushalt zu erzielen, und die Schuldenbremse, die uns zwingt, ganz auf anrechenbare Anleihen zu verzichten. Dies wirkt sich wesentlich auf die künftigen Investitionen der DG und der Gemeinden aus.

Wichtige Investitionen in öffentliche Infrastrukturen sind nach den aktuellen EU-Vorgaben nur noch sehr begrenzt möglich, wodurch wesentliche Dienstleistungen im Bildungs-, Sozial- und Gesundheitsbereich, auf kultureller Ebene und im Straßenbau ernsthaft gefährdet sind: eine beunruhigende Nachricht für die Privatwirtschaft in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, für die vielen selbstständigen Handwerker und mittelständischen Unternehmen, die in der Vergangenheit Aufträge der öffentlichen Hand ausgeführt haben. Letzten Endes gefährden diese Vorgaben das Wirtschaftswachstum im ganzen Land und darüber hinaus. Darunter leiden wiederum die Kaufkraft und die Beschäftigung, was möglicherweise zu einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen führt und zusätzliche Ausgaben der öffentlichen Hand erforderlich macht. Die öffentliche Hand wird aber gleichzeitig von der EU angehalten, Gewinne zu erwirtschaften. Sinkende Einnahmen und steigende Ausgaben sind allerdings für die Gewinnerzielung keine idealen Voraussetzungen, schon gar nicht, wenn zeitgleich der Schuldenabbau beschleunigt werden muss. Das ganze Szenario gleicht einem Teufelskreis. Für ProDG sind Staaten nicht der Gewinnerzielungsabsicht, sondern dem Gemeinwohl verpflichtet. Wir fordern daher, dass die Austeritätspolitik auf europäischer Ebene gelockert wird, damit es zumindest wieder möglich wird, Investitionen in grundlegende Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit, Soziales, Kultur und Straßenbau zu tätigen. Die Lösung kann jedenfalls nicht darin bestehen, wichtige öffentliche Investitionen, auf die unsere Bevölkerung aufgrund ihrer Steuern einen berechtigten Anspruch hat, zu privatisieren.

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

4 Die EU als attraktiver Wirtschaftsraum der Zukunft und Vorreiter in der Klimapolitik

a) Eine ambitionierte und nachhaltige Energie- und Klimapolitik

Europa muss im Kampf gegen den Klimawandel eine weltweite Führungs- und Vorreiterrolle übernehmen. Dazu rufen uns nicht nur junge Menschen auf, die sich Sorgen machen um ihre Zukunft. Auch die

Wirtschaftsakteure haben die Notwendigkeit längst erkannt, sie investieren in zukunftsweisende Technologien und bitten um Unterstützung, um diesen Wandel finanzieren zu können.

ProDG bekennt sich zu einer ambitionierten EU-weiten Umwelt- und Klimaschutzpolitik und dem Prinzip der Nachhaltigkeit in allen Lebensbereichen.

Europas Zukunft hängt von einem gesunden Planeten ab. Die EU-Mitgliedsstaaten haben sich das Ziel gesetzt, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen und damit ihren Verpflichtungen im Rahmen des Übereinkommens von Paris nachzukommen. Der europäische Grüne Deal ist die Strategie, mit der die EU ihr Ziel für 2050 erreichen will.

Der Grüne Deal unterstützt diesen Wandel hin zu einer gerechten und prosperierenden Gesellschaft mit einer modernen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft.

Dabei wird betont, dass ein ganzheitlicher und sektorenübergreifender Ansatz erforderlich ist, bei dem alle relevanten Politikbereiche zum übergeordneten Klimaziel beitragen. So umfasst das Paket Initiativen, die eine Reihe eng miteinander verflochtener Politikbereiche betreffen: Klima, Umwelt, Energie, Verkehr, Industrie, Landwirtschaft und nachhaltiges Finanzwesen.

In einem ersten Schritt sollen die Unternehmen in ihren Bemühungen unterstützt werden, auf erneuerbare Energien umzurüsten. In einem zweiten Schritt sollen hauptsächlich nicht endliche Ressourcen genutzt werden, die in ein Modell der Kreislaufwirtschaft, der Wiederverwendung und des Recyclings einfließen.

Mit der Verordnung über das Europäische Klimagesetz ist das politische Ziel der EU, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen, zu einer rechtlichen Verpflichtung geworden. Mit dem Gesetz haben die EU und ihre Mitgliedsstaaten die Verpflichtung angenommen, die Netto-Treibhausgasemissionen in der EU bis 2030, um mindestens 55 % gegenüber 1990 zu senken. Dieses Ziel ist aus einer Folgenabschätzung der Kommission hervorgegangen und rechtlich bindend.

Gleichzeitig soll die EU-Biodiversitätsstrategie zur Wiederherstellung der biologischen Vielfalt in Europa bis 2030 beitragen. Dies würde den Menschen, dem Klima und dem Planeten gleichermaßen nützen. Im Oktober 2020 hat der Rat „Umwelt“ Schlussfolgerungen zur biologischen

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

[prodg.be](https://www.prodg.be)

NICHTS MEHR VERPASSEN!

FOLGT UNS AUF



Vielfalt angenommen, in denen die Ziele der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030 gebilligt wurden. Die Mitgliedsstaaten erkannten an, dass mehr getan werden muss, indem die direkten und indirekten Ursachen für den Verlust von biologischer Vielfalt und Natur angegangen werden. Sie bekräftigten, dass die Biodiversitätsziele in andere Sektoren wie Landwirtschaft, Fischerei und Forstwirtschaft umfassend einbezogen werden sollten.

Essenziell ist in diesem Zusammenhang eine Garantie für einen inklusiven und gerechten Übergang. Für einige Mitgliedsstaaten und Regionen wird es schwieriger sein als für andere, bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Manche Mitgliedsstaaten sind beispielsweise stärker auf fossile Brennstoffe angewiesen oder verfügen über CO₂-intensive Industriezweige, in denen eine beträchtliche Zahl von Menschen beschäftigt ist.

Die EU hat einen Mechanismus für einen gerechten Übergang eingeführt, um den Regionen, die am stärksten vom Übergang zu einer CO₂-armen Wirtschaft betroffen sind, finanzielle und technische Unterstützung zu leisten. Er wird dazu beitragen, im Zeitraum 2021-2027 mindestens 55 Mrd. € für folgende Bereiche zu mobilisieren:

Menschen und Gemeinschaften: damit der Weg für Beschäftigungsmöglichkeiten und Umschulungen geebnet, die Energieeffizienz von Wohnraum verbessert und Energiearmut begegnet werden kann

Unternehmen: damit der Übergang zu CO₂-armen Technologien für Investoren attraktiver wird und damit finanzielle Unterstützung und Investitionen für Forschung und Innovation bereitgestellt werden

Mitgliedsstaaten oder Regionen: damit in neue grüne Arbeitsplätze, einen nachhaltigen öffentlichen Verkehr, digitale Konnektivität und saubere Energieinfrastruktur investiert wird.

Mit einer Mittelausstattung von insgesamt 17,5 Mrd. € ist der Fonds für einen gerechten Übergang die erste Säule dieses Mechanismus. Der Fonds unterstützt Regionen, die von fossilen Brennstoffen und emissionsintensiven Industrien abhängig sind, indem er gesellschaftliche und wirtschaftliche Kosten abfedert, die durch grünen Wandel entstehen. Er unterstützt Investitionen in KMU und neue Unternehmen, Forschung und Innovation, Technologien für saubere Energie und Emissionsreduktion und Umschulung von Arbeitnehmern sowie Hilfe bei der Arbeitssuche.

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

ProDG ist Befürworter der allgemeinen Einführung des Verursacherprinzips auf ökologischer Ebene (Müllentsorgung, CO₂-Ausstoß, usw.) und setzt sich für die Förderung zukunftsfähiger und emissionsreduzierender Transportarten sowie für eine Reduktion der Treibhausgasemissionen ein. Wir wollen einen schonenden Umgang mit den wertvollen natürlichen Ressourcen unseres Planeten. Dazu gehören auch das Prinzip der Kreislaufwirtschaft, die Müllvermeidung, das intelligente Recycling und das Ziel, unseren ökologischen Fußabdruck zu reduzieren. Die EU hat bereits Maßnahmen ergriffen, um Kunststoffabfälle zu begrenzen und den Plastikmüll in den Meeren zu verringern, was wir begrüßen.

Eine wichtige europäische Priorität der nächsten Jahre ist für ProDG die Investition in erneuerbare Energiegewinnung und eine Abkehr von Abhängigkeiten. Alle Verbraucher müssen mit sicherer, nachhaltiger und erschwinglicher Energie versorgt werden. Die Importabhängigkeit des europäischen Energiesektors soll abgebaut und die Versorgungssicherheit erhöht werden. Eine größtmögliche Unabhängigkeit der Europäischen Union von nicht-europäischen Energielieferungen - wie Erdöl und Erdgas - ist nämlich dringend notwendig. Das hat die Energie- und Inflationskrise eindeutig gezeigt. Die EU macht sich durch Abhängigkeiten erpressbar.

Um die Versorgungssicherheit der europäischen Bevölkerung zu gewährleisten, setzen wir uns für eine verstärkte Investition in die Forschung nach Alternativen zu den heute verfügbaren erneuerbaren Energien, dem richtigen Energie-Mix und einer adäquaten zwischenstaatlichen europäischen Energieversorgung mit der dazugehörigen Infrastruktur ein. Dabei ist uns wichtig, dass auch bei der Nutzung erneuerbarer Energien die Biodiversität nicht gefährdet wird. Zudem dürfen erneuerbare Energieträger - wie beispielsweise Biomasse - nicht in Konkurrenz zu Nahrungsmitteln und sonstigen landwirtschaftlichen Produkten stehen.

Doch die Energiewende kommt nicht nur dem Umweltschutz zugute, sondern kann ebenfalls auf ökonomischer Ebene als Job-Motor fungieren und die Wirtschaft ankurbeln. Die Förderung erneuerbarer Energien muss daher im Sinne der Europäischen Regionalentwicklung sehr viel gezielter als bisher bei der Verteilung der Strukturfonds Berücksichtigung finden.

Eine gesamteuropäische Debatte über die zukünftige Ausrichtung klimapolitischer Subventionspolitik ist für ProDG erstrebenswert. Subsidien, die heute in fossile Energieträger fließen, müssen

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

schnellstmöglich in erneuerbare Energieformen fließen. Die Nutzung von Atomkraftwerken ist nur als Übergangslösung akzeptabel, um die Stromversorgung zu sichern, bis auf erneuerbare Energien umgestellt wird. Diese Investitionen müssen dann aber auch konsequent vorangetrieben werden.

Im Sinne des Endverbrauchers befürworten wir zudem eine europaweit transparente Preisgestaltung und die Offenlegung des Energie-Mixes.

b) Die EU als starker Wirtschaftsakteur im internationalen Vergleich

ProDG erkennt die Notwendigkeit, die Standortbedingungen in den europäischen Regionen - vor allem in wirtschaftlich schwächeren Gebieten - zu stärken, beispielsweise durch die gezielte Förderung von Bildung und Forschung. So sollten die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds verstärkt dazu genutzt werden, die gesamteuropäische Wettbewerbsfähigkeit anzukurbeln, in Forschung und Entwicklung zu investieren, die berufliche Aus- und Weiterbildung zu fördern, zielgerichtete Maßnahmen gegen soziale Ausgrenzung zu ergreifen, die grenzüberschreitende Kooperation zu stärken und in regionales Wachstum und Innovationen zu investieren, wobei ein Hauptschwerpunkt auf den Schutz und die Förderung kleiner und mittelständischer Unternehmen als Motor der europäischen Wirtschaft gelegt werden sollte.

Um dem Fachkräftemangel gezielt entgegenzuwirken, muss zudem die gegenseitige Anerkennung von Studienabschlüssen in den EU-Mitgliedsstaaten vorangetrieben werden.

ProDG erkennt außerdem die Bedeutung der weiteren Vernetzung der innereuropäischen Verkehrsinfrastruktur und des grenzüberschreitenden Öffentlichen Personenverkehrs an, um die Mobilität von Arbeitnehmern und Gütern in der EU zu fördern und gleichzeitig die CO2-Emissionen zu senken.

Eine weitere Herausforderung besteht auf dem Gebiet des Abbaus rechtlicher und administrativer Hürden, sowie jeglicher diskriminierender Praktiken für Grenzgänger (z.B. in Steuerfragen, Pkw-Maut...), die regelmäßig zwischen Wohnsitz- und Beschäftigungsland pendeln.

Wir brauchen eine koordinierte Wirtschaftspolitik auf EU-Ebene. Soziale Gerechtigkeit, faire Löhne und ökologische Nachhaltigkeit sind Werte, die die EU nach vorne bringen muss. ProDG befürwortet die europaweite

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

Einführung von Mindestlöhnen, um Lohn- und Sozialdumping in Europa weitestgehend verhindern zu können.

Dem Lobbyismus müssen währenddessen klare Grenzen gesetzt werden. Wir wollen kein Europa der Konzerne, Banken und Bürokraten, sondern ein lebenswertes Europa, das den Menschen in den Mittelpunkt rückt. ProDG befürwortet daher die konsequente Bekämpfung der überproportionalen Einflussnahme von Interessenverbänden und Lobbyisten auf politische Entscheidungen auf EU-Ebene.

Für das Europäische Parlament und die EU-Kommission gilt seit 2011 ein gemeinsames freiwilliges Register („Transparenz-Register“) für Lobbyisten als Bedingung für die Ausstellung eines Ausweises, mit dem ein vereinfachter Zugang zum Europäischen Parlament besteht. Da die Eintragungen allerdings auf freiwilliger Basis erfolgen und Falschangaben meist sanktionsfrei bleiben, wird das Register in der Praxis als relativ schwach angesehen. Dementsprechend wurde in Aussicht gestellt, dass das Register nachgebessert wird und gegebenenfalls nach der Evaluation eine Eintragungspflicht eingeführt wird.

ProDG befürwortet ein verpflichtendes und regelmäßig von unabhängiger Stelle geprüfetes EU-weites Lobby-Register, um transparente Entscheidungsprozesse zu gewährleisten und den demokratischen Prozess zu schützen. Insofern diese Transparenz gegeben ist, erkennen wir den Wert einer Konsultation von Interessenvertretern, wie beispielsweise von Nichtregierungsorganisationen oder Unternehmensverbänden als Bestandteil des politischen Meinungsbildungsprozesses an.

- c) Die EU als Partner im Kampf gegen den Arbeitskräftemangel
 - Qualifizierte Zuwanderung fördern

Führungskräftemangel, Fachkräftemangel und Arbeitskräftemangel stellen alle Länder der Europäischen Union vor große Herausforderungen. Ursache ist in erster Linie der demografische Wandel. Die Bevölkerungsgruppe im erwerbsfähigen Alter wird zahlenmäßig kleiner. Für jede Arbeitskraft, die den Arbeitsmarkt verlässt, rücken nur 0,4 Personen nach. Diese Rechnung kann langfristig nicht aufgehen. Zudem verschärft sich die Konkurrenzsituation. Jungen Menschen, die gut ausgebildet sind, steht der internationale Weltmarkt offen und andere Länder locken mit interessanten Angeboten. Hier muss demzufolge zweigleisig gefahren werden. Zum einen muss die EU als Wirtschaftsstandort und Innovationsstandort attraktiv sein. Das betrifft

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

den Schutz des Binnenmarktes, eine ambitionierte Klimapolitik, die Nutzung von Digitalisierung und KI, gegenseitige Diplomanerkennung, uvm.. Zum anderen ist die EU auf qualifizierte Zuwanderung angewiesen. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, ist die Vereinfachung der Qualifikationsverfahren und die Nutzung der Fähigkeiten von Migranten und Flüchtlingen, die sich bereits in der EU aufhalten, entscheidend. Ein weiterer Schritt ist die Entwicklung von Kompetenzanerkennungsverfahren. 2023 wurde der EU-Talentpool eingeführt. Es handelt sich um eine Onlineplattform, die eine schnelle und vereinfachte internationale Rekrutierung ermöglichen und Arbeitgebern den Zugang zu einem breiten Spektrum an Fähigkeiten und Talenten erleichtern soll. Die Mitgliedsstaaten haben die Möglichkeit, sich freiwillig am EU-Talentpool zu beteiligen und das Management der Plattform zu unterstützen. Die Plattform dient auch als Informationsdrehscheibe für Einstellungs- und Migrationsverfahren in den Mitgliedsstaaten und enthält robuste Schutzmechanismen zur Gewährleistung fairer Einstellungsverfahren und Arbeitsbedingungen. Solche Initiativen unterstützen wir, allerdings ist aktuell jedes EU-Land selbst dafür verantwortlich, wie es konkret mit qualifizierter Zuwanderung umgeht und ob die Plattform überhaupt genutzt wird. Dementsprechend sind die Erfolge eher spärlich. Wir benötigen handfestere Tools und gemeinsame Anstrengungen, um qualifizierte Zuwanderung zu erleichtern; da sind auch die Nationalstaaten gefordert. Zudem werden nur die Menschen bei uns arbeiten und leben wollen, die sich zuhause fühlen können und in Bezug auf den Zugang zum Arbeitsmarkt nicht benachteiligt werden. Eine Studie des nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors (NaDiRa) in Deutschland hat ergeben, dass rassistisch markierte Menschen ein höheres Armutsrisiko haben als nicht rassistisch markierte Menschen: Schwarze, asiatische und muslimische Menschen sind in Deutschland einer höheren Armutsgefährdung ausgesetzt als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Während die Armutsgefährdungsquote bei nicht rassistisch markierten Männern bei 9 % bzw. bei Frauen bei 10 % liegt, trifft dies bei 26 % der Schwarzen Männer und Frauen, bei 30 % bzw. 26 % der asiatischen Männer und Frauen sowie bei 41 % bzw. 38 % der muslimischen Männer und Frauen zu. Und auch wenn die Zahlen hier spezifisch für Deutschland gelten, kämpfen andere Länder mit ähnlichen Problemen. Diese Ergebnisse unterstreichen die Notwendigkeit gezielter Maßnahmen zur Armutsbekämpfung. Insbesondere die Förderung der Chancengleichheit für benachteiligt Gruppen durch: den Abbau rassistischer Strukturen und Diskriminierung in Bildung, Arbeit, Gesundheit und Wohnungsmarkt, die Schaffung existenzsichernder

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:



NICHTS MEHR VERPASSEN!

FOLGT UNS AUF





Arbeitsplätze, die Anerkennung aller im Ausland erworbenen Bildungs- und Berufsqualifikationen und die Förderung von Bildungs- und Berufsqualifikationen für alle Personen.

d) Flächendeckende Digitalisierung – Zugang sichern, Chancen nutzen, Regeln definieren

Das Thema Digitalisierung ist zurzeit omnipräsent. Das wundert nicht, spürt ein jeder es doch konkret in seinem alltäglichen Leben. Überweisungen werden über das Smartphone getätigt, während Filme, Serien oder Musik „gestreamt“ werden. Die Digitalisierung schreitet stetig voran und wartet nicht auf uns. Im digitalen Wettlauf sind zurzeit vor allem die USA sowie China die wirklichen „global Player“.

Die Gefahr der Marginalisierung der EU ist mit erheblichen wirtschaftlichen Konsequenzen verbunden. Wenn wir mit dem technologischen Fortschritt gehen wollen, wenn wir den Zug nicht verpassen wollen - der zwar unglaublich viel Potenzial, aber auch Gefahren birgt - dann müssen wir heute entscheiden, nach welchen Regeln gespielt werden soll. Dafür setzt ProDG sich ein!

Wir sind für einen zukunftsorientierten, aber auch kritischen Umgang mit dem digitalen Wandel!

So führt die so genannte vierte industrielle Revolution zu einem tiefgreifenden Wandel des Arbeitsmarktes mit oftmals ernsten Konsequenzen für diverse Berufe, die im Zuge der Digitalisierung des Arbeitsmarktes auszusterben drohen. Gleichzeitig entsteht eine ganze Sparte neuer Berufe.

Wir müssen es der europäischen Bevölkerung ermöglichen, bei dieser Entwicklung mitzuhalten, und das generationenübergreifend.

Einerseits darf die Digitalisierung nicht auf Kosten sozialer Kompetenzen wie Zwischenmenschlichkeit, Empathie oder Kreativität gehen, andererseits müssen Medienkompetenzen verstärkt gefördert werden. Dabei ist ein gerechter Zugang zu Bildung und Qualifikation besonders wichtig. Der Zugang zu zukunftsfähigen Jobs darf keine Frage von Wohlstand, sozialem Status oder Gender sein. Der digitale Wandel betrifft alle!

Doch auch auf unser Privatleben hat die Digitalisierung einen Einfluss. Schnell verschwimmen die Grenzen zwischen Beruf und Privatleben bei ständiger Erreichbarkeit. Unserer Meinung nach sollte jeder über das

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

Recht verfügen, „offline“ zu sein, ohne dass es sich negativ auf seine berufliche Entwicklung auswirkt. Entsprechend wichtig ist auch die Sensibilisierung der europäischen Arbeitgeber, wobei die Gelder des Europäischen Sozialfonds eine bedeutende Rolle spielen können.

Gleichzeitig muss der Binnenmarkt ein geeignetes Umfeld und Anreize für Start-Ups im digitalen Sektor bieten.

Die Cyberkriminalität ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Nicht zuletzt eine Reihe von groß angelegten Hackerangriffen haben bewiesen: Daten müssen weltweit sicherer werden. Alle EU-Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf, dass ihre Daten geheim bleiben.

Datenschutz ist für uns nicht verhandelbar – selbstverständlich unter Berücksichtigung der Bekämpfung organisierter Kriminalität und Terrorismus sowie von Steuerungerechtigkeit und Geldwäsche. Die EU muss vermehrt in die europäische IT-Sicherheit und -Infrastruktur investieren, um sich an die technologische Entwicklung der digitalen Welt anzupassen und sich entsprechend auf kommende Entwicklungen vorzubereiten.

Die wohl abstrakteste Sparte der Digitalisierung ist die künstliche Intelligenz (KI). Dabei wird eine künstliche Form der Datenverarbeitung geschaffen, deren Hauptziel es ist, das menschliche Verhalten möglichst realistisch zu simulieren. Die Möglichkeiten der KI sind umfangreich und haben in den letzten Jahren rasante Entwicklungen erfahren.

Dabei bietet uns diese Entwicklung große Chancen. Nicht nur in der Wirtschaft, durch Prozessoptimierung beispielsweise zur Vermeidung von Überproduktion, aber auch bei Kunden-Akquise, Lead-Management und Umsatzprognosen. Ebenso in anderen Bereichen wie der Arzneimittelforschung, dem Verkehrswesen, der Landwirtschaft, dem Finanzsektor oder im Sicherheitsbereich.

Dadurch, dass KI mittlerweile in der breiten Mitte der Gesellschaft stattfindet, birgt sie aber auch Risiken. Wir verweisen an dieser Stelle auf einen Bericht der OECD zur künstlichen Intelligenz in der Gesellschaft. Systeme der künstlichen Intelligenz müssen vertrauenswürdig und menschenzentriert sein. Die Förderung vertrauenswürdiger KI-Systeme erfolgt insbesondere über Politikmaßnahmen, die Anreize für Investitionen in verantwortungsvolle KI-Forschung und -Entwicklung setzen, die ein digitales Ökosystem ermöglichen, in dem der Schutz der Privatsphäre nicht durch einen breiteren Datenzugang infrage gestellt

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

wird, die kleinen und mittleren Unternehmen Erfolgchancen eröffnen, die den Wettbewerb unterstützen und gleichzeitig geistiges Eigentum schützen und die Arbeitskräftemobilität bei sich verändernden Arbeitsmarktverhältnissen erleichtern.²

Die größte Herausforderung ist und bleibt der digitale Markt. Der Digital Service Act (DSA) oder das sogenannte Gesetz über digitale Dienste hat in dem Zusammenhang zum Ziel, einen sicheren digitalen Raum zu schaffen und Verbraucher zu schützen. Rechtskräftig ist diese Verordnung seit dem 17. Februar 2024.

Wir alle sind tagtäglich im digitalen Raum unterwegs, ob wir soziale Netzwerke nutzen, den nächsten Urlaub buchen, in App Stores nach medialer Unterhaltung in Form von Filmen, Musik, Spielen oder Podcasts suchen oder ob wir einfach im Netz nach Informationen suchen. Und auch im Netz müssen Verbraucher geschützt werden. Dementsprechend gibt sich die Richtlinie den Leitsatz: Was Offline illegal ist, muss auch online illegal sein! An dieser Richtlinie muss weitergearbeitet werden, gerade in Bezug auf die Regulierung der sozialen Medien. Mit dem DSA geht es um nicht viel weniger als den Versuch, Hatespeech und Fakenews Einhalt zu gebieten. Große Anbieter werden verstärkt in die Pflicht genommen, um die entsprechenden Inhalte schneller zu löschen und Nutzer sollen dazu angehalten werden, diese zu melden.

e) Binnenmarkt schützen und stärken

Der größte Trumpf Europas in der Welt ist seine wirtschaftliche Stärke mit seinem europäischen Binnenmarkt. Drei Jahrzehnte nach Beginn gleicht dieser allerdings einem zerfaserten Flickenteppich aus unterschiedlichen nationalen Regeln und Gesetzen für Waren und Dienstleistungen. Die Folgen sind drastisch: Synergien werden nicht bestmöglich genutzt, Unternehmen investieren sicherheitshalber anderswo mit besseren Bedingungen, Europa fällt im internationalen Standortwettbewerb zurück. Der EU-Binnenmarkt muss wieder zur Top-Priorität der EU werden, er muss einfacher, schneller und einheitlicher werden – vom Bürokratieabbau über eine vollständige Banken- und Kapitalmarktunion bis zu einem Wettbewerbsfähigkeits-Check von Gesetzen. Das schafft Wettbewerbsvorteile und macht die europäische Wirtschaft widerstandsfähig gegenüber äußeren Schocks.

² <http://www.europarl.europa.eu/news/de/faq/19/warum-zieht-das-parlamentzwischen-brussel-und-strassburg-hin-und-her>

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

Dem Mittelstand muss ein bürokratiearmer Zugang zu EU-Förderprogrammen ermöglicht werden und EU-Recht muss effizient umgesetzt werden³.

Regulierung muss da greifen, wo sie unbedingt notwendig ist, dort muss sie dann aber auch effizient funktionieren und nicht weichgespült werden.

Die EU ist auf eine bessere Rechtsetzung angewiesen. Das kann gelingen, indem jede Gesetzesinitiative von einer umfassenden Folgenabschätzung begleitet wird. Das trägt dazu bei, potenzielle wirtschaftliche, ökologische und soziale Auswirkungen gleichberechtigt zu untersuchen und Handlungsoptionen neutral und faktenbasiert zu prüfen. Die von der Europäischen Kommission angekündigte Prüfung der Wettbewerbsfähigkeit in der EU-Gesetzgebung muss integraler Bestandteil jeder Folgenabschätzung werden. Sie muss über einzelne Legislativvorschläge hinaus auf allen Ebenen der EU-Politikgestaltung angewandt werden und die kumulativen Auswirkungen verschiedener Politiken und Regulierungsmaßnahmen auf die Wettbewerbsfähigkeit der EU erfassen.

Zudem brauchen wir einen besseren Schutz vor Billigimporten aus dem Ausland. Ein starker Binnenmarkt mit einem hohen Standard an Verbraucherschutz kann nur funktionieren, wenn auch in Bezug auf Importe Standards eingehalten werden.

f) Die EU als Vorreiter im Verbraucherschutz

Mit ihren Maßnahmen im Bereich des Verbraucherschutzes zielt die EU darauf ab, die Gesundheit, die Sicherheit sowie die wirtschaftlichen und rechtlichen Interessen der europäischen Verbraucher zu schützen, und zwar unabhängig davon, wo sie in der EU leben, reisen oder einkaufen. Sowohl der traditionelle als auch der elektronische Handel werden durch die EU-Vorschriften geregelt. Sie umfassen generell anwendbare Regeln und Regeln, die sich auf bestimmte Erzeugnisse beziehen, wie etwa Arzneimittel, genetisch veränderte Organismen, Tabakerzeugnisse, Kosmetika oder Spielwaren.

³ https://www.oecd-ilibrary.org/sites/6b89dea3-de/1/3/4/index.html?itemId=/content/publication/6b89dea3-de&_csp_=7dfea12ebf9400c9232c9e0f2adbd5cd&itemI GO=oecd&itemContent Type=book#wrapper

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

Neue und aktuelle Herausforderungen stellen in dem Bereich insbesondere die Nachwirkungen der COVID-Pandemie, die Digitalisierung und der Klimawandel dar.

Bereits festgelegte Standards müssen gesichert und weiterentwickelt werden. Gerade im Bereich des Online-Handels erleben wir rasante Entwicklungen und eine multinationale Vernetzung des Marktes. Was offline illegal ist, muss auch online illegal sein. In dem Sinne begrüßen wir die Ergänzung der Richtlinien 2005/29/EG und 2011/83/EU hinsichtlich der Stärkung der Verbraucher für den ökologischen Wandel durch besseren Schutz gegen unlautere Praktiken und durch bessere Informationen, mit deren Hilfe Verbraucherinnen und Verbraucher besser über die Lebensdauer und die Reparierbarkeit von Produkten informiert und vor Greenwashing geschützt werden. Mit dem Zugang zu vertrauenswürdigen Informationen und dem Schutz vor irreführenden Geschäftspraktiken sollen Menschen dabei unterstützt werden, nachhaltige Konsumententscheidungen zu treffen.

In der Richtlinie heißt es wie folgt: „Damit Verbraucher besser informierte Entscheidungen treffen können und so die Nachfrage nach und das Angebot von nachhaltigeren Waren angekurbelt werden, sollten Verbraucher durch die allgemeine Präsentation eines Produkts nicht hinsichtlich der ökologischen oder sozialen Merkmale oder der Zirkularitätsaspekte, etwa der Haltbarkeit, der Reparierbarkeit oder der Recyclingfähigkeit, in die Irre geführt werden. Artikel 6 Absatz 1 der Richtlinie 2005/29/EG sollte daher geändert werden, indem ökologische und soziale Merkmale sowie Zirkularitätsaspekte in die Liste der wesentlichen Merkmale eines Produkts aufgenommen werden, in Bezug auf die die Praktiken eines Gewerbetreibenden auf der Grundlage einer Einzelfallprüfung als irreführend angesehen werden könnten. Die von Gewerbetreibenden bereitgestellten Informationen über die sozialen Merkmale eines Produkts entlang der gesamten Wertschöpfungskette können sich beispielsweise auf die Qualität und Gerechtigkeit der Arbeitsbedingungen der beteiligten Arbeitskräfte, wie beispielsweise angemessene Löhne, Sozialschutz, Sicherheit des Arbeitsumfelds und sozialer Dialog, beziehen. Diese Informationen können sich auch auf die Achtung der Menschenrechte, die Gleichbehandlung und Chancengleichheit für alle, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, Inklusion und Vielfalt, sowie auf Beiträge zu sozialen Initiativen oder auf ethische Verpflichtungen wie den Tierschutz beziehen. Die ökologischen und sozialen Merkmale eines Produkts können in einem

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

NICHTS MEHR VERPASSEN!

FOLGT UNS AUF



weiten Sinne verstanden werden und umfassen die ökologischen und sozialen Aspekte, Auswirkungen und Leistungen eines Produkts.“

Langfristig darf der Verbraucherschutz nicht wirtschaftlichen Interessen untergeordnet werden.

g) Für eine gerechte Agrarpolitik, die kleine Betriebe unterstützt

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ist einer der ältesten und wichtigsten Politikbereiche der EU und macht mehr als 40% des EU-Haushalts aus. Derzeit gelten die Kriterien der GAP-Förderperiode von 2021 bis 2027. Diese Kriterien bestimmen, welche Landwirtschaft die EU unterstützt und wohin die Gelder fließen. Alle sieben Jahre wird die GAP reformiert. Dabei geht es hauptsächlich um zwei Säulen: die Unterstützung der Landwirte durch Direktzahlungen, die vermehrt Umweltauflagen berücksichtigen, und die Förderung der ländlichen Räume.

So unterschiedlich die Landwirtschaft und ihre Produkte in den einzelnen Mitgliedsstaaten der EU aufgrund von Bodenbeschaffenheit, Topografie, Klima und natürlichen Ressourcen auch sind, ProDG befürwortet eine nachhaltigere Landwirtschaft mit einer verstärkten Orientierung an Umwelt- und Klimaschutzkriterien, Tierwohl und der Förderung von Beschäftigung. Der Sektor muss krisenbeständiger werden und die Überlebensfähigkeit der europäischen Landwirtschaftsbetriebe muss gesichert werden.

Für ProDG ist der Schutz regional-verankerter, kleinbäuerlicher und ökologischer Landwirtschaft besonders wichtig. Wir bekennen uns zu einer Landwirtschaft, die langfristig die Biodiversität und die natürlichen Ressourcen schont und den über 500 Millionen Einwohnern der EU einen gesunden Lebensraum, qualitativ hochwertige Produkte und Ernährungssicherheit bietet. ProDG bekennt sich außerdem zu gentechnikfreien Lebensmitteln und Anbauflächen sowie einer artgerechten Tierhaltung.

Die Formen der Landwirtschaft in der EU sind vielfältig und reichen von Viehzucht in Schottland hin zu Olivenbaumplantagen in Griechenland. Der Bedarf ist somit sehr unterschiedlich. Die Bedeutung der Landwirtschaft für den Schutz unserer Landschaft und der Umwelt ist jedoch unverkennbar: Über 70 % der Grundfläche der Europäischen Union ist entweder landwirtschaftliche Nutzfläche oder Wald und gilt damit als

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

ländlicher Raum. Die Hälfte der Bevölkerung Europas lebt in diesen ländlichen Gebieten. Sie sind Lebens-, Arbeits- und Erholungsraum. Rund 10 Millionen Landwirte, die üblicherweise in Familienbetrieben arbeiten, gibt es in der EU.

Doch landwirtschaftliche Betriebe in der EU sehen sich nicht nur mit ökologischen, sondern auch mit wirtschaftlichen Herausforderungen konfrontiert. Vor allem kleinere landwirtschaftliche Familienbetriebe können den bürokratischen Hürden und dem Wettbewerbsdruck oft nicht mehr Stand halten und müssen um ihre Existenz fürchten. Auch in der DG ist die Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe in den letzten Jahren gesunken: ein bedauerlicher Trend, dem wir unsere Aufmerksamkeit schenken.

Wir wollen angemessene Preise für die Verbraucher, aber auch angemessene Einkommen in einer zukunftsorientierten Landwirtschaft, die EU-weit vielen Millionen Menschen eine Beschäftigung bietet.

Das sehen auch die Bauern so, die Bauernproteste haben EU-weit für Schlagzeilen gesorgt. Die größten Herausforderungen sind der erhöhte bürokratische Aufwand, schwierige Marktbedingungen und zunehmende Vorschriften. Zudem stehen die Interessen der Bauern oft im Konflikt zum Verbraucherschutz.

Die Preise für Agrardiesel sind gestiegen, gleichzeitig führen die Klimapolitik der EU und das Streben nach Erreichen der Klimaziele dazu, dass in mehreren Ländern die Subventionen auf Agrardiesel reduziert oder sukzessiv abgebaut werden. Zudem drücken steuerfreie Importe aus Drittländern die Preise.

Die EU-Agrarpolitik investiert jährlich Milliarden die in die Unterstützung der Landwirtschaft. Dies geschieht vor allem nach Kriterien der Fläche und Umweltauflagen. Wir denken, dass es Zeit ist, einen neuen Rahmen zu stecken und auch den Agrarsektor dabei zu unterstützen, sowohl einen Schritt zu machen in Richtung Energiewende als auch konkurrenzfähig bleiben zu können. Ein neuer Rahmen muss den Mitgliedsstaaten die Möglichkeiten bieten, spezifisch auf Bedürfnisse zu reagieren und relevante Sektoren zu stützen.

5 Die EU als attraktiver Lebensraum und Wohlstandsgarant

- a) Die Stärkung der Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger und der sozialen Rechte, mit Perspektiven für jeden

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

Die Europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) ist seit ihrer Proklamation 2017 der gemeinsame Kompass für ein koordiniertes Vorgehen der EU-Mitgliedsstaaten im Bereich Beschäftigungs- und Sozialpolitik. Die Bürgerinnen und Bürger der EU genießen viele Freiheiten und umfassenden Schutz: persönliche, bürgerliche, politische, wirtschaftliche und soziale Rechte, Schutz personenbezogener Daten und Schutz vor Diskriminierung sowie Freizügigkeit ohne Grenzkontrollen in den meisten EU-Ländern.

Die Werte der Gleichheit, Nichtdiskriminierung, Inklusion, menschlichen Würde, Freiheit und Demokratie garantieren allen EU-Bürgerinnen und -Bürgern dieselben Grundrechte. Die in den EU-Verträgen und in der Charta der Grundrechte festgeschriebene Rechtsstaatlichkeit untermauert und schützt diese Werte. EU-Bürger und Bürgerinnen haben das Recht, in anderen EU-Ländern zu leben, zu arbeiten, zu studieren und zu heiraten. Die EU wirkt darauf hin, die personenbezogenen Daten der Europäer zu sichern und ihre Rechte als Verbraucher zu stärken.

Die EU muss sich den aktuellen, sozialen Herausforderungen stellen, idealerweise im Rahmen einer gemeinsamen Beschäftigungspolitik - vor allem um die hohe Arbeitslosigkeit in der Peripherie und von Risikogruppen, wie ältere Arbeitnehmer und Niedrigqualifizierte, und die damit verbundene Perspektivlosigkeit durch (Re)Integrationsprojekte zu bekämpfen.

Für ProDG ist Bildung eine der besten Investitionen in die Zukunft unseres Kontinents und muss daher Teil jeder sinnvollen Strategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein. So wollen wir das Erreichen des Ziels, die Schulabbrecherquote zu senken, gezielt vorantreiben. Wir befürworten zudem das Konzept der europäischen Jugendgarantie, nach dem alle jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung oder nachdem sie arbeitslos geworden sind, eine Arbeitsstelle, einen Ausbildungsplatz, ein Praktikum oder eine Fortbildung erhalten sollen, was sich in den vergangenen Jahren als recht erfolgreich erwiesen hat. So ist die Jugendarbeitslosigkeit, die nach der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise Rekordzahlen erreichte, stark zurückgegangen und lag im Juni 2018 in der EU28 noch bei 15,2% und im Euroraum bei 16,9%.

Zudem begrüßen wir Projekte wie das des Europäische Solidaritätskorps, das darauf abzielt, jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren die Möglichkeit zu geben, sich in Freiwilligen- und Beschäftigungsprojekten in

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

ganz Europa zu engagieren. Auch den hohen Wert von Erasmus+-Projekten und Projekten des Europäischen Sozialfonds für den persönlichen Werdegang und den Arbeitsmarkt der EU erkennen wir an und halten diese Programme somit auch weiterhin für förderungswürdig.

Die EU tut gut daran, in Bezug auf globale Herausforderungen und gesellschaftliche Entwicklungen zusammenzuarbeiten:

- im Rahmen einer gemeinsamen Lösungssuche bei der drohenden Überalterung der Gesellschaft;
- im Rahmen eines gemeinsamen Vorgehens gegen jegliche Form von Diskriminierung aufgrund von Rasse, Herkunft, Sprache, Alter, Geschlecht, Religion oder Weltanschauung...;
- im Rahmen des Schutzes der europäischen Minderheiten als Aufgabe der Europäischen Union im Rahmen der Erhaltung des sprachlichen und kulturellen Reichtums;
- im Rahmen einer menschenwürdigen Einwanderungspolitik und verbesserter Einbürgerungsmöglichkeiten für Menschen mit einem Migrationshintergrund.

Wir wollen eine sozial-gerechte, solidarische EU, die Fortschritt, sozialen Zusammenhalt und Chancengleichheit fördert. Die Europäische Union kann nur dann eine gute Zukunft haben, wenn sie im Interesse der Bürgerinnen und Bürger ein lebenswertes Europa schafft und sich an den Bedürfnissen der Europäerinnen und Europäer orientiert. Wir wollen ein demokratischeres Europa der Regionen für die Bürgerinnen und Bürger.

Europa soll das Leben einfacher gestalten und sowohl den Austausch als auch das Verständnis zwischen den Kulturen fördern, um Frieden zu garantieren. Da jeder 7. Europäer Teil einer Minderheit ist, befürworten wir die Einrichtung des Amtes eines EU-Kommissars für den Minderheitenschutz.

ProDG ist überzeugt, dass wir nicht nur eine europäische Wirtschaftsunion brauchen, sondern auch eine Sozialunion, mit der die Menschen sich wieder identifizieren.

Wir wollen Europa - fernab von Richtlinien zum Verbrauch von Glühbirnen und zur Leistung von Staubsaugern - den Einwohnern der Deutschsprachigen Gemeinschaft wieder ein Stück weit näherbringen.

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

Vor allem aber wollen wir ein Europa, das den Menschen wieder Perspektiven bietet. Mit Blick auf die wirtschaftlich schwächeren Regionen der EU brauchen wir zudem ein weitreichendes, langfristiges europäisches Konjunktur- und Aufbauprogramm, um die Schere zwischen Arm und Reich zu reduzieren.

Die Stärkung der sozialen Rechte, die Förderung inklusiver Bildung und lebenslanges Lernen sowie die Grundwerte wie Freiheit, Gleichheit, Nichtdiskriminierung, Inklusion und die menschliche Würde müssen dabei in den Fokus genommen werden.

- b) Für eine würdevolle Versorgung, von der Geburt bis ins hohe Alter

Die EU-Charta der Grundrechte enthält in Kapitel 1 die Rechte auf Menschenwürde, auf Leben, auf körperliche und geistige Unversehrtheit sowie das Verbot von Folter und Sklaverei. Die Würde des Menschen muss in allen Bereichen geachtet und geschützt werden. Gleichzeitig müssen die Grundrechte wie Freiheit, Gleichheit, Solidarität und eine unabhängige Justiz die Versorgungsstruktur bestimmen und diese Werte immer als Grundermassen für Massnahmen gelten. Das betrifft die Grenzüberschreitende Gesundheitsversorgung, eine qualitativ hochwertige Pflege, die physische und psychische Gesundheit, chancengerechte Bildung und lebenslanges Lernen, das Recht auf eine vernünftige Beschäftigung und die Integration in den Arbeitsmarkt, die Stärkung der Menschenrechte, sozialer Zusammenhalt, eine starke Wirtschaft, den Umweltschutz, Wettbewerbsfähigkeit, um nur einige zu nennen...

Die EU bedeutet für die Menschen, dass sie sich in diesem Raum darauf verlassen können, dass ihre Rechte gewahrt bleiben, unabhängig davon, in welchem Mitgliedsstaat sie sich befinden. Um das noch verstärkt in das Bewusstsein zu rufen, muss die EU die Alltagsrealität der Menschen vermehrt in den Fokus nehmen und ein Versorgungsnetz schaffen, in dem jeder und jede die gleichen Chancen erhält und nicht durchs Raster fällt. Gelingen kann das durch die Schaffung von mehr Nähe zwischen Lebenssituation der Bürgerinnen und Bürgern und den Entscheidungen auf EU-Ebene, die Stärkung der Regionen und die Achtung des Subsidiaritätsprinzips. Insbesondere für kleinere Grenzgebiete bedeutet das: Fachkräftemangel bekämpfen, gut ausbilden, Dörfer stärken und der

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:



Landflucht etwas entgegensetzen, zugängliche Sport und Kulturangebote fördern.

6 Für einen überparteilichen Vertreter im europäischen Parlament, der für die DG mit einer Stimme spricht

ProDG ist mehr als nur christlich, nur grün, nur sozial, nur liberal. Wir sind SOWOHL für Freiheit ALS AUCH für soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit. ProDG ist demokratisch und pro-europäisch.

Jede unserer Entscheidungen ist auf die Zukunft Ostbelgiens ausgerichtet - wir übernehmen Verantwortung dafür, dass kommende Generationen gut in Ostbelgien leben können.

Wir machen Politik ohne partei-ideologischen Zwang, was aber nicht bedeutet, dass die Bewegung wertefrei ist. Wir bekennen uns zu den humanistischen, demokratischen und pro-europäischen Grundwerten.

Wir sind eine freie und offene Bürgerliste für alle Bürgerinnen und Bürger der DG, die im Konsultationsprozess und über Parteigrenzen hinaus Lösungen entwickelt und breite Mehrheiten sucht.

Wir lehnen es ab, dass unser Europaparlamentarier dem Fraktionszwang einer politischen Gruppierung im Europäischen Parlament unterliegt. Wir sehen eine große Chance für die Deutschsprachige Gemeinschaft darin, dass ProDG im Rahmen einer kleineren Fraktion im Europäischen Parlament seiner Stimme ohne Fraktionszwang Gehör verschaffen kann, statt im Rahmen einer großen Fraktion unterzugehen.

Wir wollen die Interessen der gesamten Deutschsprachigen Gemeinschaft im Europäischen Parlament vertreten, im Sinne eines richtigen Europas der Regionen.

Wir wollen einen breiten Konsens in europapolitischen Fragen. Das ist die Stärke von ProDG. Dafür setzen wir uns ein. Unser Abstimmungsverhalten im Europäischen Parlament werden wir daher konsequent den Bürgerinnen und Bürgern der DG transparent machen.

Wir geben der DG eine Stimme in Europa! Denn die DG verfügt nur über einen einzigen Europaparlamentarier. Der Vertreter unserer Bevölkerung im EU-Parlament darf sich folglich nicht in das enge Korsett einer einzigen Partei zwingen lassen. Es sollte beim Mandat des

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

Europaabgeordneten, um den uns viele Regionen Europas beneiden, viel weniger um Parteiinteressen gehen als darum, wie Europa die Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft in ihrem Alltag unterstützen kann, oder wie wir ihnen – in Zeiten von Rechtspopulismus und Vertrauensverlusten in die EU – das europäische Projekt näherbringen und sie wieder für Europa begeistern können.

Der ostbelgische Europaabgeordnete muss daher in der Lage sein, überparteilich zu wirken und zwischen unterschiedlichen Standpunkten und Parteien zu vermitteln. Ansonsten wird er nur einen kleinen Teil unserer Bevölkerung vertreten können. Er muss unabhängig von Parteikarten arbeiten und ALLE Menschen in Ostbelgien vertreten. Das möchten wir von ProDG als überzeugte Europäer erreichen anhand einer sehr viel engeren Zusammenarbeit des Europaparlamentarierers mit Parlament und Regierung der DG. Wir möchten dadurch entstehende kontroversen europapolitischen Debatten fördern, um den Meinungsbildungsprozess zu unterstützen. ProDG ist als freie Bürgerliste Garant für Bürgernähe und ideologieübergreifendes Arbeiten.

Die Zeit ist reif für ein Umdenken in der EU. Die Zeit ist reif für Veränderung und neue Impulse!

7 Ostbelgien als starker Partner für ein gelebtes Europa

Ostbelgien ist bereits heute ein gutes Beispiel für gelebte europäische Zusammenarbeit. Nicht nur Ostbelgien kann von der EU profitieren, sondern die EU kann durch kleine Grenzregionen gestärkt werden. Ob Bürgerbeteiligungsmechanismen, gute grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Minderheitenschutz oder den Nutzen von Interreg und anderen Unterstützungsprogramme, Ostbelgien hat Erfahrung und die sollte genutzt werden.

70 Prozent der Vorschriften, die unseren Alltag bestimmen, stammen aus der Feder der EU: Es beginnt am Flughafen während der Handgepäckkontrolle und endet bei den Glühbirnen, die wir zuhause nicht mehr verwenden dürfen.

Für ProDG ist die kulturelle und sprachliche Vielfalt Europas unser größtes Plus. In der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu leben, in Brüssel, der Wallonie, Flandern oder dem Ausland zu studieren, in Deutschland oder Luxemburg zu arbeiten und in den Niederlanden vom vielfältigen Kulturangebot zu profitieren – und das ohne Grenzen – ist für

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

NICHTS MEHR VERPASSEN!

FOLGT UNS AUF



viele von uns gelebte Normalität: ein Europa par excellence als Antwort auf die Einwände der EU-Skeptiker.

Allerdings ist die räumliche Nähe zur Grenze noch lange kein Garant für das Entstehen von Austausch und Kooperationen auf Bürgerebene oder zwischen verschiedensten Organisationen und Betrieben. So ist auch das Potenzial der Euregio Maas-Rhein, der Benelux-Union oder der Großregion Saar-Lor-Lux noch lange nicht ausgeschöpft. Immer noch gibt es eine Reihe von Hürden, die dem Austausch und der Zusammenarbeit der Partnerregionen mit ihren verschiedenen Sprachen, Kulturen und Verwaltungsstrukturen im Wege stehen und die es zu überwinden gilt. Viele Einwohner der DG müssen eine Ländergrenze überqueren, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen. Dabei sehen sie sich mit Herausforderungen und Hindernissen wie Steuerfragen oder Fragen der Krankenversicherung konfrontiert, die nicht außer Acht gelassen werden dürfen. Gemeinsam grenzüberschreitende Lösungen zu erarbeiten und voneinander zu lernen, um eine höhere Lebensqualität zu erreichen, ist ein erklärtes Ziel von ProDG. Herausforderungen wie beispielsweise die Tourismusförderung, die Gesundheitsversorgung, die zunehmende Pflegebedürftigkeit der immer älter werdenden Bevölkerung oder der Fachkräftemangel sind Handlungsfelder, die vor allem in Grenzregionen wie der unsrigen leichter gemeinsam anzugehen sind als allein. So ist die Erarbeitung von gemeinsamen, mehrsprachigen Ausbildungswegen ein ernstzunehmendes Handlungsfeld, um für das benötigte Fachpersonal der Zukunft zu sorgen.

Die kulturelle und sprachliche Vielfalt in Europa eröffnet viele Chancen, denn sie fördert Kreativität, Innovation und die wirtschaftliche Entwicklung. Damit einher geht, dass dem Schutz der Kulturen in Europa - auch der von Minderheiten - eine besondere Bedeutung zukommt. Die Vielfalt der Kulturen und Sprachen darf in Europa nicht als Hindernis verstanden werden, sondern als Bereicherung für alle Bürgerinnen und Bürger der EU. Die Europäische Union muss sich daher in Zukunft dafür einsetzen, verstärkt den kulturellen und sprachlichen Austausch in all seinen Formen zu fördern. Auf dieser Ebene kann gerade die DG eine wichtige Brückenfunktion übernehmen und bereits heute eine Vorreiterrolle spielen.

Die europäischen Regionen sind der Motor der EU. Die meisten Bürger fühlen sich mit ihrer Region sehr eng verbunden. Wir setzen uns daher ein für ein Europa der Regionen, in dem eine Kultur des Austauschs gepflegt wird: Wer stark ist vor Ort, ist stark in Europa. Nach unserer festen

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

NICHTS MEHR VERPASSEN!

FOLGT UNS AUF



Überzeugung kommt die Aufwertung der Regionen Europas der gesamten EU zugute und bringt den Menschen Europa wieder ein Stück weit näher. Aus den Regionen, wo Europa und grenzüberschreitende Zusammenarbeit gelebte Realität sind, können neue, positive Impulse für den europäischen Einigungsprozess kommen. Konkret bedeutet das, dass der politische Einfluss der Regionen und damit das Prinzip der Subsidiarität in europäischen Entscheidungsprozessen nachhaltig gestärkt werden muss und dem Ausschuss der Regionen (ADR) ein größeres Gestaltungsrecht zugestanden werden sollte.

Um die Grenzregionen zusätzlich zu stärken, müssen auch die EU-Förderprogramme wie INTERREG, Erasmus+, der Europäische Solidaritätskorps (ESK), der Europäische Sozialfonds (ESF+), Leader, oder auch das europäische Wiederaufbauprogramm - Europäische Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF), weiterhin durch die EU gefördert und mit entsprechenden Mitteln versehen werden. Gleichzeitig setzen wir uns für eine Vereinfachung der Antragsstellung ein und für eine Verminderung des bürokratischen Aufwands. Die Antragsstellung ist keine leichte Aufgabe und es wäre im Interesse Ostbelgiens, wenn zusätzliche Organisationen Projektanträge einreichen würden.

Die aktuelle Programmphase läuft von 2021 bis 2027. Insbesondere Programme wie INTERREG, die speziell in Projekte investieren, die grenzüberschreitende Herausforderungen angehen, oder auch der ESF sind für Ostbelgien von entscheidender Bedeutung. Das Jahr 2023 war für die europäischen Programme sehr erfolgreich. Im Jahresbericht des Jugendbüros ist nachzulesen, dass 22 Projekte und zwei neue Akkreditierungen mit Fördermitteln von 1,17 Millionen Euro in Erasmus+ genehmigt wurden. 739 Personen nahmen an den Projekten teil, die schwerpunktmäßig in den Bereichen Jugend und Schulbildung lagen. Im ESF wurden vier Projekte genehmigt im Bereich des Freiwilligendienstes, hier flossen 129.260 Euro genehmigte Fördermittel.

Bottom-up-Prozesse müssen gestärkt werden, damit Entscheidungen getragen werden. Hier schließen wir uns einer Resolution des EU-Parlamentes an, in der es wie folgt heißt:

„[...]weist darauf hin, dass die Anwendung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit bei der Arbeit der EU-Organe insbesondere durch die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten im Einklang mit den bereits in den geltenden Verträgen vorgesehenen Vorrechten verbessert werden muss, und den Vertretern der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften eine wichtigere Rolle in dem Prozess

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

Gut für unsere

Heimat



LISTE

12

eingräumt werden muss, um eine ‚aktive Subsidiarität‘ zu erreichen und so eine stärkere Eigenverantwortung für die EU-Politik zu fördern; schlägt ferner vor, dass die ‚aktive Subsidiarität‘ durch ein Verfahren gestärkt wird, das den nationalen Parlamenten das Recht einräumt, dem Europäischen Parlament Vorschläge zu unterbreiten; unterstützt in diesem Zusammenhang das Programm ‚Building Europe with Local Councillors‘, mit dem ein unionsweites Netzwerk gewählter Kommunalpolitiker geschaffen wird, mit dem die Kommunikation über die Europäische Union verbessert werden soll.“

ProDG setzt sich für dieses ambitionierte Wahlprogramm ein.

Am 9. Juni ProDG wählen!

Unsere Leitlinien:

ZUHÖREN.
ABSTIMMEN.
BEWEGEN.

weitere
informationen
findet ihr auf:

prodg.be

NICHTS MEHR VERPASSEN!

FOLGT UNS AUF

